

Auslieferung und Internationales Strafrecht

Eine systematische Darstellung des ARHG

von

Dr. Klaus Schwaighofer

Universitätsdozent am Institut für Strafrecht
und sonstige Kriminalwissenschaften
der Universität Innsbruck



Wien 1988

Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	19
Einleitung	27
I. Ausgangssituation	27
II. Zum Aufbau und zu den Anliegen der Arbeit	28
Erster Teil	
Bedeutung des ARHG, leitende Grundsätze und allgemeine Bestimmungen..	33
I. Überblick über das ARHG und dessen grundlegende Bedeutung	33
II. Leitende Grundsätze und Ziele des ARHG	34
A. Rechtsstaatlichkeit, Humanität und Menschenwürde	34
B. Intensivierung und Erleichterung der zwischenstaatlichen Zusammenar- beit	38
C. Subsidiarität des ARHG gegenüber zwischenstaatlichen Vereinbarungen - das Verhältnis der Rechtsquellen zueinander	38
1. Die Bedeutung der Abkommen	38
2. Nebeneinander von Verträgen	39
3. Die Bedeutung zwingenden Völkerrechts	40
4. Der Grundsatz von Treu und Glauben	41
5. Verhältnis zwischen Gesetz und Vertrag	41
D. Die Gegenseitigkeit	44
1. Der Bedeutungsgehalt der Gegenseitigkeit	44
2. Die Ausgestaltung der Gegenseitigkeit in Verträgen und Gesetzen	45
3. Die Gegenseitigkeit im ARHG	46
III. Allgemeine Bestimmungen	48
A. Berücksichtigung der öffentlichen Ordnung und anderer wesentlicher Interessen („ordre-public-Klausel“)	48
B. Anpassung des ARHG an die österreichische Rechtsordnung; Begriffsbe- stimmung	50
1. Sonderregeln für die Übergabe von Personen und Gegenständen	50
a) Vorschriften betreffend die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gegen- ständen	50
b) Vorschriften betreffend die Übergabe von Personen	50
2. Definition der „vorbeugenden Maßnahmen“	50
C. Subsidiäre Geltung der StPO	51
D. Einschränkung des Legalitätsprinzips	52
1. Absehen von der Verfolgung nach § 9 Abs 3	52
2. Absehen von der Verfolgung nach § 9 Abs 4	53
E. Bedingungen	54
1. Vertraglicher - außervertraglicher Bereich	54
a) Bedingungen und Vertragspflichten	54
b) Bedingungen im außervertraglichen Rechtshilfeverkehr	54

2. Durchsetzbarkeit	56
3. Mißachtung von Bedingungen	56
F. Kosten	56

Zweiter Teil

Die Auslieferung	59
-----------------------------------	-----------

Erster Abschnitt

Allgemeines	59
I. Begriff und Rechtsnatur der Auslieferung	59
II. Arten der Auslieferung	60
A. Gewährung der Auslieferung - Erwirkung der Auslieferung	60
B. Auslieferung zur Strafverfolgung - zur Strafvollstreckung	60
1. Auslieferung zur Strafverfolgung	60
2. Auslieferung zur Strafvollstreckung	61
a) Voraussetzungen	61
b) Auslieferung zur Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen?	61

Zweiter Abschnitt

Die Auslieferung aus Österreich (Gewährung der Auslieferung)	62
I. Auslieferung und inländische Gerichtsbarkeit	62
A. Strafanwendungsrecht und internationale Zusammenarbeit	62
B. Der „primäre“ Strafanspruch	63
1. Terminologie	63
2. Überblick	63
3. Primärer Strafanspruch gegenüber Österreichern und Ausländern ohne Unterschied	64
a) Territorialitätsprinzip	64
b) Realprinzip (Schutzprinzip)	70
4. Primärer Strafanspruch nur gegenüber Österreichern	72
C. Auslieferung trotz primären Strafanspruchs	72
D. Der subsidiäre Strafanspruch	74
1. Anwendungsbereich	74
2. Die Voraussetzung der Nichtauslieferung	75
E. Das Erledigungsprinzip - der Grundsatz „ne bis in idem“	78
1. Bedeutung und Reichweite des „ne bis in idem“-Grundsatzes	78
2. Dieselbe Tat	78
3. Die Strafaufhebungsgründe nach § 65 Abs 4 StGB	79
a) Erlöschen der Strafbarkeit	79
b) Erledigung im Tatortstaat	79
c) Erledigung im Tatortstaat oder in einem Drittstaat	80
4. Der Grundsatz „ne bis in idem“ für nicht unter § 65 StGB fallende Taten	83
5. Rechtspolitische Überlegungen zu einer Ausdehnung des „ne bis in idem“-Prinzips	85
II. Voraussetzungen in der Person des Verfolgten	87
A. Die Staatsbürgerschaft	87
B. Strafmündigkeit	89
C. Härtefälle	90
III. Das Auslieferungsdelikt	92
A. Die beiderseitige Strafbarkeit	92

1. Bedeutung und Ziel des Grundsatzes der beiderseitigen Strafbarkeit ..	92
2. Der Begriff der „Tat“	94
3. „Beiderseitige Strafbarkeit“ und „identische Norm“	94
4. Die Methode zur Strafbarkeitsprüfung - die sinngemäße Umstellung des Sachverhalts	94
5. „Abstrakte“ oder „konkrete“ Strafbarkeit?	96
6. Konkrete Prüfung im einzelnen	98
7. Die beiderseitige Verfolgbarkeit	101
B. Qualifizierte Strafbarkeit	102
1. Voraussetzungen nach der Art der Tat	102
a) Auslieferung zur Strafverfolgung	102
b) Auslieferung zur Strafvollstreckung	104
2. Ausnahmen von der qualifizierten Strafbarkeit - die akzessorische Auslieferung	104
C. Der Tatverdacht - die Prüfung der Schuldfrage („formelles Prüfungsprin- zip“)	106
D. Die Eigenschaft der Tat - die Unzulässigkeit der Auslieferung wegen politischer, militärischer, fiskalischer Delikte	108
1. Strafbare Handlungen politischen Charakters	108
a) Entwicklung und Rechtfertigung der Sonderstellung	108
b) Der Begriff des politischen Delikts	110
c) Der Umfang des Auslieferungsverbots	111
d) Exkurs: Unzulässige Umgehungen der Auslieferung	113
e) Das Auslieferungsasyl	116
2. Militärische strafbare Handlungen	118
3. Fiskalische strafbare Handlungen	119
IV. Unzulässigkeit der Auslieferung wegen früherer Strafverfolgung - „ne bis in idem“	121
V. Die Spezialität als Auslieferungsvoraussetzung	122
VI. Auslieferungsverbote aus rechtsstaatlichen Gründen	124
A. Die Todesstrafe	124
B. Andere Strafen	126
C. Strafverfahren im ersuchenden Staat	126
D. Strafvollzug im ersuchenden Staat	128
E. Gefahr sonstiger Verfolgung	129
F. Weitere Auslieferungsverbote aus rechtsstaatlichen Gründen	129
VII. Ablehnung der Auslieferung bei konkurrierenden Auslieferungersuchen ...	129
Dritter Abschnitt	
Das Auslieferungsverfahren	131
I. Allgemeines	131
II. Der Beginn des Auslieferungsverfahrens	132
III. Zuständigkeit	132
IV. Das Anbot der Auslieferung	133
A. Zuständigkeit zur Prüfung der Voraussetzungen der Auslieferungsfähig- keit - die Funktion des Staatsanwalts	133
B. Welchem (welchen) Staat(en) ist die Auslieferung anzubieten?	134
C. Die Aufgaben des Untersuchungsrichters im Rahmen des Anbotsverfah- rens	135
D. Die (eigentliche) Anbotstellung durch den BMJ	136
V. Zwangsmaßnahmen im Auslieferungsverfahren	137
A. Die Fahndung	137
B. Die Verwahrung zum Zweck der Auslieferung	138

C.	Die Auslieferungshaft	141
1.	Materielle Voraussetzungen	141
a)	Tatverdacht	141
b)	Haftgründe	142
c)	Haftsurrogate	143
2.	Formelle Voraussetzungen	144
3.	Dauer der Auslieferungshaft	144
4.	Rechtsmittel gegen die Auslieferungshaft	147
5.	Vollzug der Auslieferungshaft	147
D.	Entschädigung	147
VI.	Das Verfahren nach Einlangen des Auslieferungersuchens	148
A.	Vorprüfung durch den BMJ	148
B.	Die Erfordernisse eines Auslieferungersuchens („notwendige Unterlagen“)	148
C.	Das Verfahren vor dem Gerichtshof erster Instanz	150
1.	Aufgaben des Untersuchungsrichters	150
2.	Die Äußerung der Ratskammer über die Zulässigkeit der Auslieferung	151
D.	Das Verfahren vor dem OLG	151
1.	Entscheidung in nichtöffentlicher Sitzung	152
2.	Die öffentliche Verhandlung vor dem OLG	152
a)	Voraussetzungen	152
b)	Anwesenheit der auszuliefernden Person	153
c)	Notwendige Verteidigung	153
d)	Öffentlichkeit	154
e)	Gang der Verhandlung	154
f)	Die Entscheidung des OLG	155
E.	Die Entscheidung des BMJ über das Auslieferungersuchen	156
1.	Die Prüfungskompetenz des BMJ	156
2.	Der Inhalt der Entscheidung	157
3.	Die Anfechtbarkeit der Entscheidung	158
4.	Die Rechtswirkungen der Entscheidung	159
VII.	Die Übergabe	159
A.	Die „ordentliche“ Übergabe Erwachsener	159
B.	Die Übergabe Jugendlicher	160
C.	Aufschub der Übergabe	161
D.	Die vorläufige Übergabe	163
VIII.	Die vereinfachte Auslieferung	164
A.	Voraussetzungen	164
B.	Verfahren	166
IX.	Nachträgliches Auslieferungsverfahren	166
X.	Wiederaufnahme des Auslieferungsverfahrens	167
XL.	Das Verfahren nach der Übergabe	170

Vierter Abschnitt

	Die Auslieferung nach Österreich (Erwirkung der Auslieferung)	171
I.	Fahndung	171
II.	Ersuchen um Erwirkung der Auslieferung	172
III.	Die Erwirkung der Auslieferung	173
A.	Weiter Ermessenspielraum des BMJ	173
B.	Absehen von der Erwirkung der Auslieferung	173
C.	Erwirkung der Durchlieferung und der Ausfolgung von Gegenständen...	176
D.	Anfechtbarkeit der Erwirkung der Auslieferung	176
IV.	Die Übernahme	177

V. Die Spezialität	178
A. Reichweite der Spezialitätsbeschränkungen	178
1. Zeitpunkt der Tat	178
2. Beschränkung auf „die Tat“ (Identität der Tat)	178
3. Änderung der rechtlichen Würdigung	180
a) Zulässigkeit der Auslieferung „unter den neuen Gesichtspunkten“	180
b) Zustimmung des ersuchten Staates	181
c) Alternativ gefaßte Auslieferungsbegehren	182
d) Fortgesetztes Delikt	183
4. Spezialität bei Wegfall des Auslieferungsdelikts	183
B. Die Beschränkung der Strafgewalt und der Staatshoheit	184
C. Wegfall der Spezialitätsbeschränkungen	185
1. Zustimmung zur weiteren Verfolgung	185
2. Spezialitätsverzicht	186
3. Ablauf der Schutzfrist	187
4. Verlassen des ersuchenden Staates	188
D. Rechtsfolgen von Spezialitätsverletzungen	189
E. Spezialität bei Auslieferung zur Strafvollstreckung	190
F. Spezialität bei Durchlieferung	190
VI. Weitere Beschränkungen der Strafgewalt	191
A. Strafzumessung	191
B. Bedingungen	191
C. Anrechnung der Auslieferungshaft	191

Fünfter Abschnitt

Die Weiterlieferung	192
----------------------------	-----

Sechster Abschnitt

Die Durchlieferung	194
I. Voraussetzungen	194
A. Die ordentliche Durchlieferung	195
B. Die Durchlieferung auf dem Luftweg	196
II. Das Durchlieferungsverfahren	197
III. Der Vollzug der Durchlieferung	198
IV. Kosten	199
V. Die Durchbeförderung	199

Siebenter Abschnitt

Die Ausfolgung von Gegenständen (Sachauslieferung)	199
-----------------------------------------------------------	-----

Dritter Teil

Neue Formen der internationalen Zusammenarbeit - die Übernahme/Übertragung der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung, der Überwachung . . . 203

I. Die Übernahme der Strafverfolgung	203
A. Anwendungsbereich	203
B. Voraussetzungen der Übernahme der Strafverfolgung	205
C. Verfahren	206
D. Rechtswirkungen der Übernahme im ersuchenden Staat	207
II. Erwirkung der Übernahme der Strafverfolgung („Übertragung“ der Strafverfolgung)	207
A. Anwendungsbereich und Voraussetzungen	207
B. Verfahren	211

C. Rechtswirkungen der Übernahme der Strafverfolgung auf das inländische Strafverfahren.	212
III. Die Übernahme der Strafvollstreckung (Vollstreckung ausländischer Urteile in Österreich).	213
A. Allgemeines.	213
B. Voraussetzungen der Vollstreckungsübernahme.	215
C. Verfahren.	219
D. Das Exequaturverfahren.	220
1. Allgemeines.	220
2. Zur Neufestsetzung der Strafe nach dem ARHG im einzelnen.	221
3. Teilweise Vollstreckungsübernahme.	223
E. Der Vollzug der Strafe.	223
F. Rechtswirkungen der Vollstreckungsübernahme auf den inländischen Strafanspruch.	224
G. Die Überstellung.	224
IV. Die Erwirkung der Übernahme der Vollstreckung („Übertragung“ der Strafvollstreckung).	225
A. Voraussetzungen.	225
1. Übertragung der Vollstreckung als Auslieferungersatz.	225
2. Übertragung der Vollstreckung aus Resozialisierungsgründen.	225
3. Unzulässigkeit eines Übernahmeersuchens.	226
a) Österreichische Staatsbürger.	226
b) Gefahr der Schlechterstellung.	226
4. Zustimmung.	227
5. Spezialität.	227
B. Verfahren.	227
1. Die Aufgaben des Gerichts.	227
2. Die Entscheidung des BMJ.	228
3. Ruhen der inländischen Vollstreckung.	229
C. Strafvollstreckung im ersuchten Staat.	229
D. Rechtswirkungen der ausländischen Vollstreckung.	229
V. Die Übernahme der Überwachung.	231
A. Anwendungsbereich.	231
B. Voraussetzungen.	232
C. Verfahren.	233
1. Vorprüfung durch den BMJ.	233
2. Die Entscheidung des Gerichts.	233
3. Die Überwachung.	234
VI. Die Erwirkung der Überwachung.	234
A. Voraussetzungen.	234
B. Verfahren.	235

Vierter Teil

Die (kleine) Rechtshilfe.	237
I. Die Rechtshilfe für das Ausland.	237
A. Voraussetzungen.	237
1. Beschränkung auf Strafverfahren iwS.	237
2. Ersuchen.	238
3. Die beiderseitige Strafbarkeit.	238
4. Unzulässigkeit der Rechtshilfe wegen der Eigenschaft der Tat.	240
5. Unzulässigkeit der Rechtshilfe aus rechtsstaatlichen Gründen.	240

6. Unzulässigkeit der Rechtshilfe wegen Verletzung einer Geheimhaltungspflicht	240
7. Spezialität	241
B. Besondere Rechtshilfehandlungen	241
C. Durchführung der Rechtshilfe	242
II. Erwirkung der Rechtshilfe	242
A. Voraussetzungen	242
B. Anzuwendende Bestimmungen	243
C. Die Verwertung der Rechtshilfeergebnisse	244
Stichwortverzeichnis	245